

Pressemitteilung der LGBT Intergroup des Europäischen Parlaments:



## **Schwedische Regierung hält an Zwangssterilisation für Transgender-Menschen fest**

16. Januar 2012

Mitglieder der schwedischen Regierung gaben letzte Woche bekannt, die Regierungskoalition würde die gegenwärtige Voraussetzung der Sterilisation für Transgender-Menschen vor der staatlichen Anerkennung ihrer Geschlechtszugehörigkeit nicht aufheben. Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern Schweden jedoch dazu auf, entsprechende Gesetzesänderungen voranzutreiben.

Im Augenblick verlangt Schweden von Transgender-Menschen, dass sie sich einer Sterilisation unterziehen, bevor ihre Geschlechtszugehörigkeit offiziell anerkannt wird. Der [Menschenrechtskommissar des Europarats](#) argumentierte, dies käme erniedrigender Behandlung gleich und bräche das Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit.

Zwangssterilisation bricht Artikel 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, welcher das Recht auf körperliche Unversehrtheit schützt. Das Europäische Parlament hatte die [Weltgesundheitsorganisation](#) bereits aufgefordert, [Transgender-Menschen nicht länger als geisteskrank zu klassifizieren](#).

Andere europäische Staaten wie Deutschland, Österreich, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich haben die staatlich erzwungene Sterilisation vor kurzem aufgehoben, und die Niederlande wollen dies Anfang 2012 ebenfalls tun. Schweden hatte vorher noch auf positive Menschenrechts- und Transgender-Politik in der Europäischen Union, im Europarat und bei den Vereinten Nationen gedrängt.

[Raül Romeva i Rueda](#), Mitglied der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, kommentierte: "Die Entscheidung der Regierung ist ziemlich überraschend: Quer übers politische Spektrum wird die Zwangssterilisierung von Transgender-Menschen als unmenschlich betrachtet. Sie ist barbarisch, veraltet und ausgesprochen unnötig - ganz zu schweigen davon, dass sie gegen die menschenrechtlichen Verpflichtungen Schwedens verstößt."

[Sirpa Pietikäinen](#), finnisches Mitte-rechts-Mitglied des Europäischen Parlaments, fügte hinzu: "Ministerpräsident Reinfeldts Regierung sollte sich daran erinnern, dass die Würde und Unversehrtheit eines Menschen wichtige Eckpfeiler für Christdemokraten sind. Für Transgender-Menschen bedeutet dies die Freiheit, sich den gewünschten Veränderungen unterziehen zu können, nicht mehr und nicht weniger. Hier geht es nicht um LGBT-Rechte; es geht um Menschenrechte und Folter, um grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung."

Original unter [http://www.lgbt-ep.eu/press-releases/sw ... er-people/](http://www.lgbt-ep.eu/press-releases/sw...er-people/)

Deutsche Übersetzung von Sandra-Isabell Trautner mit Erlaubnis der Intergroup on LGBT Rights des Europäischen Parlaments. Maßgeblich ist stets der englische Text.